

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 28. Februar 1986

Blatt 463

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)  
Zilk: Ab 22. Mai Aufführungen im Ronacher  
öffentliche Verkehrsmittel - öVP-Vorschläge  
nicht interessant

Kommunal: (rosa)  
Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat  
Braun: Information ist Grundbedingung in der  
Demokratie  
Rautenweg: Asche und Schlacke aus der EBS gelagert

Kultur: (gelb)  
Viennale 1986 vom 10. bis 21. März

Nur über FS: 27.2. Elin: Arbeitsplätze dürfen nicht verloren gehen

.....  
Bereits am 27. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Zilk: Ab 22. Mai Aufführungen im Ronacher  
"Zwischenspiel" bis zum Renovierungsbeginn  
10 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Ab 22. Mai wird das Ronacher bis  
zum Beginn der Renovierungsarbeiten im Herbst für drei Produktionen  
genutzt. Dies gaben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Schauspielhaus-  
Chef Hans GRATZER und Bauherr Alexander MACULAN am Donnerstag bei  
einem Pressegespräch im Ronacher bekannt. Den Beginn macht  
"Cagliostro", eine Produktion des Schauspielhauses im Rahmen der  
Wiener Festwochen. Ab 1. Juni folgt für zehn Tage eine  
Eigenproduktion der Wiener Festwochen, nämlich "Attracciones  
Ramirez" der mexikanischen Frauentruppe "Divas", die bei den letzten  
Festwochen großen Anklang beim Publikum gefunden hatte. Anschließend  
sind fünf bis sechs Aufführungen der "Lindsay Kemp Dance Company"  
mit "Flowers" (nach Jean Genets Roman "Notre-Dame-des-Fleurs")  
vorgesehen. Bis in den Herbst hinein sind schließlich noch etwa  
hundert weitere Aufführungen von "Cagliostro" (mit Frich Schleyer,  
Alexander Goebel und Hans Dujmic in den Hauptrollen) geplant. Als  
Ergänzung soll im Foyer eine Ausstellung über die Geschichte des  
Ronacher gezeigt werden. So eine Reihe kleinerer Auflagen erfüllt  
wird, stimmt die Baupolizei einem eingeschränkten Spielbetrieb im  
Ronacher mit 500 Sitzplätzen zu. (Schluß) chr/rr

NNNN

.....  
Bereits am 27. Februar 1986 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Öffentliche Verkehrsmittel - ÖVP-Vorschläge wenig interessant

12 Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Als wenig interessant bezeichnete Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Forderungen des ÖVP-Verkehrssprechers, GR. Roderich Maria REGLER. "In regelmäßigen Abständen werden von dieser Seite Vorschläge für Linienänderungen und 'Verbesserungen' vorgebracht, die sich bei näherer Betrachtung als nicht sinnvoll oder zu kostspielig erweisen." Die von der ÖVP verlangten Änderungen würden nicht nur zu einer Verschlechterung der Betriebssituation der Verkehrsbetriebe führen, gemessen an der Effizienz würde die Erfüllung einzelner Forderungen wichtigere Vorhaben verzögern oder verhindern. Zu den einzelnen Forderungen führte StR. Hatzl aus:

Die Anbindung des Südbahnhofes mit öffentlichen Verkehrsmitteln an die Innere Stadt ist durch die Linie "D" in ausreichendem Maß gegeben, eine Weiterführung der Linie "J" deshalb unzweckmäßig. Außerdem realisieren die ÖBB zur Zeit im Bereich Südbahnhof zum Südtiroler Platz einen Abgang zur U 1. Dies sei zweifellos die allerbeste Anbindung an die Innere Stadt, stellte Hatzl fest.

Der im Zentralfriedhof verkehrende Autobus ist eine Privatlinie. Eine Einbeziehung in die Tarifgemeinschaft sei nicht wünschenswert, weil dadurch erstens eine bedeutende Verdichtung des Betriebes erfolgen müßte, was weitere hohe Kosten verursachen würde und zweitens die Umwelt und auch die Ruhe der Friedhofsbesucher zu sehr beeinträchtigen würde. Die im Gemeinderat zu beschließende Tarifanhebung von einem Schilling erfolge außerdem nach einem Tarifstopp von sechs Jahren.

Die Erfüllung der Forderung, daß die Autobuslinie "16 A" an die Schnellbahnstation Meidling angebunden werde, bedeute eine Parallelführung mit bereits bestehenden Linien und sei deshalb nicht zu vertreten.

Die geplante Streckenführung der Linie "1" ausschließlich über Ring und Kai werde sich nach allen bisherigen Erfahrungen sicher bewähren. Man sollte auch hier keine Parallelführung realisieren, weil diese vom Fahrgastaufkommen nicht benötigt wird, schloß Hatzl.  
(Schluß) lei/gg

Viennale 1986 vom 10. bis 21. März

9 =Wien, 28.2. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA stellte am Donnerstag abend gemeinsam mit den Programmgestaltern Helmut DIMKO und Edwin ZBONEK das Programm der "Viennale 1986" vor, die vom 10. bis 21. März im Urania-Kino stattfindet. Wichtige neue Filme werden im Rahmen der "Viennale" ebenso gezeigt wie bisher unentdeckt gebliebene Filme, Arbeiten großer Regisseure stehen denen junger Filmemacher gegenüber. Insgesamt sind 47 Filme aus 24 Ländern zu sehen.++++

Eröffnet wird die "Viennale" mit Ettore SCOLAS "Maccheroni" mit Marcello MASTROIANNI und Jack LEMMON. Weitere Programmschwerpunkte sind unter anderem Claude LANTZMANNs neunstündiger Dokumentarfilm "Shoah", der an zwei Abenden gezeigt wird, Agnes VARDAS Vorjahressieger von Venedig "Sans toit ni loi", GODARDS "Detective", Carlo LIZZANIS "Mama ebe" sowie die Filme "A safe place" und "Always" des jungen amerikanischen Regisseurs Henry JAGLOM. Österreich ist außer mit dem Kokoschka-Film "Erinnerung", mit "Noah Delta II" von Michael PILZ und "Katijubato" von Tone FINK vertreten.

Mit Ungarn, Jugoslawien, Albanien, der Sowjetunion, Japan, der Volksrepublik China, Argentinien und Norwegen präsentieren sich im Rahmen der Viennale Filmländer, die im normalen Verleih selten vertreten sind.

Zusätzliche Schwerpunkte der "Viennale" stellen die Retrospektiven "Rene Clair" im Stadtkino und "Buster Keaton" im Filmmuseum dar. (Schluß) gab/rr

NNNN

## Wiener Landtag (1)

Utl.: Trauerkundgebung für Stadtrat Mauthe

2 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des 1. Präsidenten, Günther SALLABERGER (SPÖ), trat der Wiener Landtag am Freitag um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, an deren Beginn eine Trauerkundgebung für den am 29. Jänner verstorbenen Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE (ÖVP) stand.

Sallaberger betonte, daß das Leben des Verstorbenen die Geschichte unserer Heimat widerspiegle. Mauthe war mit Leib und Seele Journalist, seine vielen Publikationen zeugen davon. Außerdem war Mauthe ein engagierter Kulturkritiker. 1978 wurde er zum Stadtrat gewählt und hat sich große Verdienste im gesamten Kulturbereich erworben. Daneben war Mauthe auch Autor zahlreicher Romane. Er war einer jener politischen Menschen, sagte Sallaberger, dem die Stadt besonders viel bedeutet hat. Die Liebe und der Zukunftsglaube an unser Gemeinwesen haben sein Leben geprägt.

## Zwtl.: Fragestunde

Auf die ERSTE ANFRAGE des Landtagsabgeordneten Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wie die Landesregierung zu Plänen, einen Teil der Wiener Universität nach Niederösterreich zu verlegen, stehe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK (SPÖ), es handle sich eindeutig um eine Bundeskompetenz. Weder er, noch Landeshauptmann-Stellvertreter BUSEK (ÖVP) würden sich für eine Teilung aussprechen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dkfm. HOTTER (ÖVP) stellte Landeshauptmann Dr. ZILK fest, daß eine eigene Bewilligung gemäß dem Sonderabfallbeseitigungsgesetz für die Deponie Rautenweg nicht notwendig sei. Sollte der Abgeordnete im Besitz von Unterlagen sein, nach denen Überwachungsbedürftiger Sondermüll abgelagert werde, so ersuche er ihn, die Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit alle Maßnahmen getroffen werden können. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von Landtagsabgeordnetem Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wieso die Novelle zum Baumschutzgesetz noch immer nicht dem Landtag vorgelegt wurde, antwortete LH Dr. ZILK, daß die Novelle in Arbeit ist, aber nicht nur die Strafenerhöhung, sondern auch andere Details Gegenstand der Novelle sein sollen und es daher zu einer Verzögerung gekommen ist. Die SPÖ werde in der heutigen Sitzung einen entsprechenden Initiativantrag einbringen, und er erwarte, daß er in absehbarer Zeit Erfolg haben werde.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. OBLASSER (SPÖ), wie die Rechtssituation nach Aufhebung einer Bestimmung der Bauordnung über die Mitwirkung der Bezirksvertretung an Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes durch den Verfassungsgerichtshof bereinigt werden soll, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), es werde nun eine rechtlich einwandfreie Lösung gesucht, bei der die Bezirksvertretung in einer noch festzulegenden Form ins Verwaltungsverfahren eingebunden wird.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Maria KUHN (SPÖ), mit welchen Strafsanktionen beim unerlaubten Abstellen von Fahrzeugen ohne Kennzeichen oder Wracks auf öffentlichem Grund zu rechnen ist, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR (SPÖ), daß sich die Strafen nach der Dauer der Abstellung sowie den finanziellen Verhältnissen des Abgabepflichtigen richten. Die Höhe kann das Fünzigfache des verkürzten Abgabebetrages erreichen. Im Interesse des ruhenden und fließenden Verkehrs wird weiterhin versucht werden, mit Hilfe des Gebrauchsabgabengesetzes einen ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten. (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. FREINBERGER (SPÖ), welche Ziele die Finanzverwaltung damit verfolgt, daß sie Wasserabnehmer bei einem Anstieg des Wasserverbrauches verständigt, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß diese Verständigung eine Serviceleistung ist, weil ja der Liegenschaftsbesitzer für die Instandhaltung der Wasserleitungen auf dem Grundstück verantwortlich ist und ein Mehrverbrauch etwa durch schadhafte Wasserleitungen zu seinen Lasten geht. Sollte der Mehrverbrauch nicht anders erklärbar sein, bietet sich eine Eichung des Zählers an, die dann für den Liegenschaftseigentümer kostenlos ist, wenn eine Abweichung der Wasserzählung eine Toleranz von fünf Prozent übersteigt. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) LABg. Fritz HAHN (ÖVP) erkundigte sich in der SIEBENTEN ANFRAGE über die Höhe der Sonderrücklage Wohnbauförderung mit Ende Februar 1986. Mit Stichtag 31. Dezember 1985 betrug der Stand der Sonderrücklagen Wohnbauförderung 1,01 Milliarden Schilling, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ). Hahn stellte fest, daß von den im vergangenen Jahr bewilligten 4.756 Wohnungen die Hälfte erst im Dezember von der Landesregierung bewilligt wurde. Hofmann erklärte, daß 1986 eine kontinuierliche Verteilung auf das ganze Jahr erfolgen soll und auch daran gedacht ist, den Bauträgern Termine vorzugeben, bis wann mit dem Bau bewilligter Wohnungen begonnen werden muß. Auf die in Wertpapieren angelegten Wohnbauförderungsmittel sei jederzeit Zugriff gegeben, sodaß es zu keinen Verzögerungen kommt.

In der ACHTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. ARTHOLD (ÖVP), wann der Umweltschutzbeirat das letzte Mal zu einer Sitzung zusammengetreten ist. StR. BRAUN (SPÖ) erklärte, daß der sehr hochrangige Beirat noch nie zusammengetreten ist, dafür seien jedoch zahlreiche Arbeitsausschüsse für Luft, Wasser, Lärm, Abfall usw. tätig geworden. Es habe sich gezeigt, daß solche Arbeitsgruppen in der Praxis besser funktionieren. So werde unter anderem der neugegründete Naturschutzbeirat in Kürze zusammentreten. Neue Organisationsformen wie beispielsweise der Arbeitskreis EBS oder die Wiener Ökologiekommision haben sich in der Praxis gut bewährt. Arthold erklärte, daß ein ständiger Beirat für Umweltschutz zweckmäßig sei. Braun erwiderte, daß die Aufgaben eines solchen Beirates vom zuständigen Ausschuss wahrgenommen werden. (Forts.)  
lei/gg

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Robert KAUER (ÖVP) über die Verkehrsüberwachungsmaßnahmen auf der Südost-Tangente erklärte Bautenstadtrat RAUTNER (SPö), daß eine genaue Analyse ergeben habe, daß das Unfallgeschehen weniger von den Fahrgeschwindigkeiten als von der Verkehrsmenge geprägt werde. Dementsprechend seien 51 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden Auffahrunfälle, 18 Prozent ereignen sich beim Fahrstreifenwechsel oder überholen und 16 Prozent sind vom Typ "Abkommen von der Fahrbahn". Derzeit könnten Geschwindigkeitsmessungen nur mit mobilen Radargeräten durchgeführt werden. Die Einrichtung von mehr Meßstandorten werde überprüft.

Die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. Dr. AIGNER (SPö) befaßte sich mit Katastrophenschutzmaßnahmen. Die Katastrophenschutzpläne für Brand und Explosion, Hochwasser, Erdbeben, Absturz von Himmelskörpern, Schadstoffe usw. seien bereits fertig oder in der Endredaktion, führte StR. BRAUN (SPö) aus. In Arbeit seien derzeit noch die Einsatzpläne für Verkehrs-, Natur- und Einsturzkatastrophen, für Evakuierungen etc. Erprobungen finden laufend statt, die Bezirksvorsteher sowie die Bezirksvorsteher-Stellvertreter seien zu Beginn des Jahres ausführlich informiert worden. (Forts.) je/rr

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LAbg. SEVCIK (SPö), wieviele Anträge auf Förderung nach dem Wohnhaus-sanierungsgesetz bisher eingebracht worden seien, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö), daß nach Paragraph 1 (Haussanierungen) 777 Anträge, nach Paragraph 2 (Wohnungssanierungen) 16.683 Anträge gestellt worden seien.

Zwtl.: Vollziehung ortspolizeilicher Verordnungen

StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte ein Gesetz, mit dem der Bundespolizeidirektion Wien die Mitwirkung an der Vollziehung bestimmter ortspolizeilicher Verordnungen übertragen wird.

LAbg. ZIMA (SPö) stellte den Abänderungsantrag, daß das Gesetz nicht per 1. März 1986, sondern mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft treten solle, da die Zustimmung der Bundesregierung notwendig sei.

Der Abänderungsantrag wurde EINSTIMMIG angenommen. Der Gesetzentwurf wurde in 1. und 2. Lesung EINSTIMMIG angenommen.

(Forts.) du/gg



Wiener Landtag (7)

Utl.: Änderung des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes

8 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes. Demnach sollen die Begriffe "Lebendgeburt", "Totgeburt" und "Fehlgeburt" im Sinne des Hebammengesetzes angepaßt werden, nach Inkrafttreten des Personenstandsgesetzes weiterhin eine Todesbescheinigung auszustellen sein, die im Zusammenhang mit der Totenbeschau festgestellten Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes verarbeitet werden können, die Transferierung von Leichen bei nichtfeststellbarer Grabstellenberechtigung ermöglicht werden, in kleineren Friedhöfen von der Einrichtung von Kühlanlagen in den Beisetzkammern abgesehen werden und die für die Feuerbestattung vorgesehenen Särge von Metall und PVC-hältigem Material freigehalten werden.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung EINSTIMMIG angenommen.

Zwtl.: Änderung der Bauordnung

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung der Bauordnung, wonach dem Fachbeirat für Stadtplanung anstatt bisher zwei nun drei Architekten angehören sollen.

LABg. Dr. KRASSER (ÖVP) ging in seiner Wortmeldung auf das grundsätzliche Problem des Mitspracherechtes der Bezirke im Bereich der Stadtplanung ein und sprach sich für eine weitgehende in der Bauordnung verankerte Berücksichtigung der Rechte der Bezirke aus. Weiters kritisierte Krasser die Praxis der Umwandlung von Wohnungen in Büros in Schutzzonenbereichen unter Umgehung entsprechender Gesetze.

StR. SEIDL sprach sich in ihrem Schlußwort für eine sensible Handhabung der Belange der Bauordnung unter Berücksichtigung aller Interessen aus. Eine Politik der kleinen Schritte sei hier zielführend.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung EINSTIMMIG angenommen.

Die Sitzung des Landtages endete um 10.45 Uhr.

(Schluß) gab/gg

--- Ende Sitzungsbericht Landtag ---

Braun: Information ist Grundbedingung in der Demokratie  
12 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) "Ich habe schon kürzlich darauf  
hingewiesen und kann nur nochmals betonen, daß umfassende  
Information der Bürger/innen ein wichtiger Bestandteil der  
Demokratie ist und Mitsprache sowie Mitentscheidung ermöglicht. Das  
neue Informationskonzept des PID bietet die Chance, umfassender zu  
informieren, nicht nur ohne Mehrkosten zu verursachen, sondern sogar  
real 5 Prozent Einsparung. Die Information durch die Stadt ist  
sicher keine Selbstbeweihräucherung, sondern dient dazu, den  
Menschen jene Servicestellen und Hilfseinrichtungen, die ja für sie  
geschaffen wurden, auch bekanntzumachen". Das betonte Informations-  
stadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".  
Was die Pro-Kopf-Kosten für Information betrifft, so wies Braun  
darauf hin, daß Wien - Land und Gemeinde - pro Einwohner 83  
Schilling im Jahr ausbebe. In der Steiermark (mit Graz) sind es  
dagegen 107 Schilling (90 Schilling plus 17), in Kärnten (mit  
Klagenfurt) sowie Oberösterreich (mit Linz) und Salzburg (mit Stadt  
Salzburg) jeweils 89 Schilling (jeweils laut Rechnungsabschluß 84).  
(Schluß) hrs/rr

NNNN

Rautenweg: Asche und Schlacke aus der EBS gelagert

13 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Zu den heute von der Wiener öVP in der Fragestunde des Landtags geäußerten Vorwürfen, am Rautenweg würde Überwachungsbedürftiger Sonderabfall gelagert, stellte Umweltstadtrat Helmut BRAUN gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, daß die öVP damit offensichtlich die Ablagerung von Asche bzw. Schlacke aus der Sondermüllverbrennung der EBS meine. Diese Stoffe werden bekanntlich seit langem am Rautenweg gelagert (im Gegensatz zum Filterkuchen aus der Rauchgaswäsche der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, der auf der Deponie Rautenweg nicht gelagert werden darf). Die Zusammensetzung dieser Aschen und Schlacken wurde selbstverständlich vor dem ersten Ablagern der Stoffe wie auch in der Zwischenzeit geprüft. Unter anderem stellte der Umweltexperte Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang STRUNZ in seinen Untersuchungen fest, daß die Schwermetallgehalte der genannten Flugaschen in Relation zum internationalen Standard sehr gering sind und unter den für Schwermetalle im Klärschlamm zur landwirtschaftlichen Aufbringung vorgeschriebenen Grenzwerten liegen. Dennoch wurden entsprechende Versuche zur Verfestigung des Materials gemacht, um den Anteil eluierbarer Schwermetalle noch weiter zu senken. Braun wies in diesem Zusammenhang nochmals auf die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Sanierung der Deponie Rautenweg und auf die nach wie vor dringend notwendige Sondermülldeponie in Österreich hin: die Rückstände der kommenden EBS-Rauchgaswäsche werden nicht mehr auf der Deponie Rautenweg gelagert werden können. Braun forderte in diesem Zusammenhang die Wiener öVP auf, Taten zu setzen und ihre Mandatäre in den öVP-dominierten Bundesländern für die Schaffung einer Sondermülldeponie in einem österreichischen Bundesland zu motivieren. (Schluß) hrs/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter Vorsitz von GR. Dr. WIESINGER (SPö) begann mit einer Fragestunde.

In der ERSTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. NEUMANN (ÖVP) nach einer Stellungnahme zu einer Verbauung des Albertina-Platzes. Bürgermeister Dr. ZILK antwortete, daß die Architekten Holzbauer und Peichl eine Studie vorgelegt haben, die demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt und in Fachkreisen diskutiert werden soll. Ein bestehender Vertrag mit dem Bund und eine entsprechende Vereinbarung mit dem zuständigen Bundesminister seien nicht unwiderruflich, und der einstimmige Beschluß der Bezirksvertretung Innere Stadt gegen eine Verbauung schließe eine Diskussion in der Öffentlichkeit nicht aus. Der 1. Bezirk ist das Herz von Österreich und kann daher nicht allein aus der Sicht der Bewohner des 1. Bezirks gesehen werden, sagte Zilk.

• Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) über den Inhalt des Vertrages zwischen den HBW und der "Kommunalservice für Abfallbeseitigung und Umweltschutz GesmbH" über die Entsorgung und Deponierung der Rückstände aus der Rauchgasreinigung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, antwortete StR. HATZL (SPö), daß dieser Vertrag zwischen zwei Partnern abgeschlossen ist und er daher nicht automatisch eine Legitimation zur Veröffentlichung des Inhaltes habe. Wesentliche Inhalte des Vertrags seien die Verpflichtung zur Übernahme der Rückstände von Flötzersteig und Spittelau. Ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Rückstände bei der Bahnverladung sei es Sache der "Kommunalservice", wie die Rückstände entsorgt werden. Das Unternehmen besitzt eine ordnungsgemäße Gewerbeberechtigung und konnte auch nachweisen, daß es in der Lage ist, die Rückstände zu entsorgen. Er sei jedoch nicht bereit, über den Ort der Deponierung Auskunft zu geben, weil fehlerhafte Informationen in der Öffentlichkeit dazu führten, daß das Aushubmaterial von der U-Bahn-Baustelle Gaudenzdorfer Gürtel mit hohen Kosten für die Steuerzahler zu einer anderen als der ursprünglich vorgesehenen und genehmigten Deponie gebracht werden müssen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

11 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPö) teilte Verkehrsstadtrat HATZL mit, daß es gelungen sei, die im Budget 1985 vorgesehenen Mittel für den U-Bahn-Bau zur Gänze auszuschöpfen. Mit Jahresende waren mehr als 2.000 Menschen am U-Bahn-Bau beschäftigt, das sind um 900 mehr als im Vorjahr.

Die neue Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe hat sich bewährt, betonte StR. Hatzl in Beantwortung der VIERTEN ANFRAGE von GR. JANK (SPö). Der Anteil der Fahrkarten mit Ausgabezuschlag ist auf 0,6 Prozent aller Beförderungsfälle gesunken. Die Netzkarte habe zugenommen, so der Anteil der Jahresnetzkarten von 12,6 auf 14 Prozent. Die Anzahl der Beförderungsfälle hat im Jahr 1985 mit 588 Millionen Fahrgästen um 4 Prozent zugenommen. Allerdings ist der Durchschnittserlös von 4,40 Schilling im Jahr 1984 auf 4,24 Schilling im Jahr 1985 gesunken.

GR. Dr. MAIER (öVP) erkundigte sich in der FÜNFTEN ANFRAGE nach dem Stand der Zusammenarbeit zwischen Stadthalle und Konferenzzentrum. Vizebürgermeister MAYR (SPö) trat für ein gemeinsames Vorgehen bei der Werbung ein, die Betriebe dürften sich nicht gegenseitig konkurrenzieren. Er habe allerdings den Eindruck, daß die Geschäftsführung der Hofburg eigene Wege gehen möchte. Mayr dementierte, daß das Konferenzzentrum einen Preisnachlaß bei der Energieversorgung durch die Wiener Stadtwerke erhalte. (Forts.)  
fk/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

14 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPö) erkundigte sich in der SECHSTEN ANFRAGE über die Erfahrungen mit der Schneeräumaktion, bei der vor allem die Schienenstraßen schwerpunktmäßig gesäubert wurden. Wegen laufender Behinderungen der öffentlichen Verkehrsmittel wurde während sieben Nächten eine Schwerpunktaktion durchgeführt, in denen 30 Kilometer Straße von 32.000 Kubikmeter Schnee geräumt wurden, antwortete StR. BRAUN (SPö). Dabei wurden 367 Autos entfernt und 192 am Rathausplatz abgestellt. Die Schwerpunktaktion verursachte Kosten von 5 Millionen Schilling. Die Reaktionen der Autofahrer zeigten, daß die Notwendigkeit dieser Aktion erkannt wurde.

Die SIEBENTE ANFRAGE stellte GR. Erich HUBER (SPö). Sie betraf die Überprüfung der Senkgruben auf Dichtheit. Umweltstadtrat BRAUN (SPö) erklärte, daß Mitte des vergangenen Jahres die Überprüfung der Senkgruben durch die MA 30 verschärft wurde und jede neue Grube einer Dichtheitsprobe unterzogen werde. Auch bereits bestehende Senkgruben werden überprüft. Priorität haben dabei Senkgruben, die sich in der Nähe von Trinkwasserbrunnen und Badegewässern befinden.

Die ACHTE ANFRAGE stellte GR. STRATIL (öVP) an Energiestadtrat HATZL (SPö). Sie betraf die Senkung des Gastarifes und eine damit mögliche Reduzierung der Teilzahlungsbeträge für Gas. Hatzl erklärte, daß die Vorauszahlungen entsprechend der zuletzt vorgenommenen Gaspreissenkung um 4,5 Prozent reduziert werden. (Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

15 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Kosten einer Verlegung der Wiener Messe in den Donaupark, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), die Kosten würden jene tragen, die diese Verlegung veranlassen. Die Stadt unterstütze diese Tendenz, bei der jedoch auch das Gesamtkonzept des Wiener Praters berücksichtigt werden müsse. Die Kosten seien derzeit nicht abschätzbar, müßten jedoch dem Ertrag aus den Liegenschaften der Wiener Messe entgegengerechnet werden.

Seit Jänner 1986 sei es möglich, daß Träger privater Krankenversicherungen bei Übernahme der Gesamtkosten und Direktverrechnung mit den Krankenanstalten Ermäßigung auf Pflege und Anstaltsgebühren erreichen, beantwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) die ZEHNTE ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPÖ). Im Wege günstiger Versicherungsprämien sei damit eine Erhöhung der Attraktivität der Sonderklasse in den Wiener Krankenanstalten gegeben. Als weiteren Anreiz, so Mayr, könne er sich die Steuerbegünstigung für private Krankenversicherungen vorstellen, wenn statt der Auszahlung in Form von Schmerzensgeldern die Sachleistungen der Spitäler in Anspruch genommen würden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dr. HAUPL (SPÖ), wieweit die Interessen der Stadt Wien bei privatrechtlichen Forderungen gewahrt werden, erklärte MAYR, der Anteil der uneinbringlichen Forderungen sei aufgrund der guten Zahlungsmoral sehr gering und betrage etwa 15 Promille der fälliggestellten Beträge. Durch die Maßnahmen bei Zahlungsverzug, wie mehrmalige Mahnung, versuchsweise Einhebung oder gerichtliche Einbringung, seien die Interessen der Stadt Wien bestmöglich gewahrt. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

16 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) über die Stellungnahme zu einem noch nicht beantworteten ÖVP-Antrag vom 25. Mai 1984 auf Aufhebung des Schienenparkverbots in Wien, antwortete Bautenstadtrat RAUTNER (SPö), daß u. a. aus Anlaß dieses Antrages die Gesamtproblematik des Schienenparkverbots in einem Arbeitskreis untersucht worden sei. Im Sommer 1985 wurde unter Zugrundelegung des von den Verkehrsbetrieben vorgelegten Verzeichnisses von "Winter-Problemstraßen" ein Lösungsvorschlag für ein Halteverbot, gültig nur bei Schneelage und räumlich wesentlich reduziert gegenüber dem derzeitigen Schienenparkverbot, ausgearbeitet. Als Versuchsstrecke für diesen Winter wurde der Verlauf der Straßenbahnlinie "41" mit der Währinger Straße im 9. und 18. Bezirk, der Gentszgasse und der Gersthofer Straße ausgewählt. Für eine generelle Neuregelung bezüglich des Schienenparkverbots sei es notwendig, die Erkenntnisse aus dem heurigen Winter abzuwarten, schloß Rautner. (Forts.) du/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Dringlicher Antrag

17 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Von den öVP-Gemeinderäten Dr. Wolfgang PETRIK und Dkfm. Robert HOTTER wurde ein DRINGLICHER ANTRAG betreffend Erweiterung der Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Gemeindemieterern und der Aufhebung der Monopolstellung der SPö-nahen Mietervereinigung eingebracht. Die Verlesung und die Debatte erfolgt am Schluß der öffentlichen Sitzung.

Zwtl.: Angelobung

In Nachfolge des verstorbenen GR. Raimund KOPFENSTEINER wurde Gertrude OSTRY als Gemeinderätin angelobt. Sie übernimmt das Restmandat von GR. FAYMANN, der wiederum das Liesinger Mandat von GR. Kopfensteiner übernimmt.

Zwtl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

StR. Ing HOFMANN (SPö) beantragte die Genehmigung des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien für die Jahre 1986 bis 88 sowie der Sanierung einer Reihe städtischer Althäuser mit einem Gesamtaufwand von 164 Millionen Schilling. Hofmann verwies in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit der Stadterneuerung und auf die Erfolge, die auf diesem Gebiet bereits erzielt worden sind. So ist es gelungen, den rückläufigen Bevölkerungstrend in alten Bezirken zu bremsen und die Zahl der gut ausgestatteten Wohnungen zu vervielfachen. Hofmann bekannte sich in diesem Zusammenhang auch zur Qualitätsanhebung im Sozialen Wohnbau und verwies auf die neuen günstigen Förderungsmöglichkeiten im Zuge der Haus- und Wohnungsverbesserung. Die Stadterneuerung nimmt 1986 auch beim kommunalen Wohnbau, der mit 1,7 Milliarden Schilling dotiert ist, mit vielen kleineren Projekten im gewachsenen Stadtgebiet einen besonderen Rang ein. Darüberhinaus stehen auch 1,7 Milliarden für die Erhaltung städtischer Wohnhäuser zur Verfügung. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

18 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Hofmann verwies auch auf die Bedeutung der Stadterneuerung für die Arbeitsmarktsituation. Hofmann bekannte sich zum sanften Weg der Stadterneuerung, wies aber zugleich darauf hin, daß schlechte Wohnsubstanz auch Neubauten erforderlich macht. Als Ziel nannte Hofmann die Schaffung menschenwürdiger Wohnungen in einer lebenswerten Umwelt. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

19 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) befaßte sich mit der zunehmenden Bedeutung der Stadterneuerung und kritisierte dabei die Nicht-Effizienz des Stadterneuerungsfonds. Die bisher geleistete Arbeit rechtfertige den millionenschweren Aufwand des Fonds nicht. Der Redner befaßte sich weiters mit dem Problem des Haas-Hauses am Stephansplatz und verwies darauf, daß dieses Objekt seinerzeit aus einem Wettbewerb entstanden sei und gleichsam als Symbol des Wiederaufbaues gilt.

Zum Problembereich Stadterneuerung meinte Pawkowicz, sie laufe noch nicht zur vollen Zufriedenheit an, dennoch werde seine Fraktion dem Wohnbauprogramm zustimmen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte scharf, daß die Gemeinde ausschließlich mit der SPö-nahen Mietervereinigung Gespräche über die Mietermitbestimmung führe. Er finde es ungeheuerlich, sagte Dr. Petrik, daß Gemeindemieter automatisch Mitglieder dieser SP-nahen Vereinigung werden. Er forderte Stadtrat Hofmann auf, diese Praxis zu unterbinden. Diese Tatsache, so Dr. Petrik, gefährde die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Bereich Wohnbau. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

20 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPö) erklärte, die Mietervereinigung stehe der SPö nahe, und dies sei nie dementiert worden. Die Organisation sehe ihre Aufgabe aber in der Vertretung der Mieterinteressen unabhängig von einer Mitgliedschaft. Das Zinsbuch ist grundsätzlich auch gleichzeitig Mitgliedsbuch der Mietervereinigung, und im allgemeinen werden die Mieter auf diese Tatsache aufmerksam gemacht. Die Mietervereinigung sei auch nicht immer einer Meinung mit der städtischen Wohnhäuserverwaltung, betonte Lustig. Das Statut solle nun nicht unter dem Gesichtspunkt der Monopolstellung ausgearbeitet werden, sondern im Interesse aller Mieter städtischer Wohnhäuser.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) sagte, die ÖVP habe immer mehr Mietermitbestimmung verlangt, um den Mietern das Gefühl der Ohnmacht zu nehmen, doch dies sei bisher noch nicht geschehen. Hotter kritisierte unübersichtliche Mietenabrechnungen, zurückzuführen auf eine "Abrechnungsgigantomanie", bei der eine Vielzahl von Wohnungseinheiten mit teilweise unterschiedlichen Voraussetzungen unüberschaubar zusammengefaßt werden. Hotter wandte sich gegen eine Alleinvertretung der Mieter durch die Mietervereinigung und verwies darauf, daß es bereits zahlreiche Mieterkomitees gibt, die nichts weniger wünschen als eine Verpolitisierung. Es sollte eine Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Mietervertretern geben. Der Mieter soll seine Vertreter demokratisch wählen können. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

21 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Es sei zu begrüßen, daß in der Wohnbaupolitik nun die Stadterneuerung im Vordergrund steht, erklärte GR. PRAMEL (SPö). Es wäre wünschenswert, wenn die Althausanierung auch von privaten Hausbesitzern verstärkt durchgeführt würde. Der Arbeitslosenrate im Baugewerbe könnte auch dadurch begegnet werden, daß eine effizientere und bessere Um- und Nachschulung der Arbeitnehmer erfolgt. Es stellt sich nämlich immer wieder heraus, daß trotz der hohen Arbeitslosenrate manche Arbeiten nicht durchgeführt werden können, weil die notwendigen Facharbeiter fehlen.

GR. Ing. MANDAHUS (öVP) erklärte, daß die neuen Förderungen bisher kaum arbeitsplatzwirksam waren. Für das heurige Jahr stehen dafür fast 3 Milliarden Schilling zur Verfügung. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Anträge rascher bearbeitet und abgewickelt werden, sodaß diese Summe auch wirklich der Wirtschaft zugute kommt. Weiters forderte Mandahus die steuerliche Gleichstellung von Wohnungsneubau und -sanierung. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

22 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die durch die Revitalisierungen und das Neubauvolumen ausgelösten Bauaktivitäten seien beachtlich, sagte GR. Dr. SWOBODA (SPö). Zu den Anlaufproblemen des Stadterneuerungsfonds meinte Swoboda, man könne eine Leistungshochrechnung für die Zukunft sicherlich nicht aufgrund der Startphase erstellen. Es stehe nicht in Frage, daß eine neue steuerliche Regelung einen zusätzlichen Bauaufwand hervorrufen könne, es sei aber darauf zu achten, daß keine Doppelförderungen entstehen. Sehr positiv seien die stabileren Bodenpreise und die große Vielfalt an Architekturkonzepten, vor allem beim kommunalen Wohnbau.

GR. KINDL (öVP) kritisierte Bausünden der Vergangenheit des kommunalen Wohnbaus, bei dem man die Möglichkeiten der Revitalisierung und des Ensembleschutzes außer Acht gelassen habe. Kindl stellte den ANTRAG, auch das Haus Kundmanngasse 37 als Revitalisierungsobjekt in das Wohnbauprogramm aufzunehmen. Gemeinsam mit dem Haus Kundmanngasse 35 handle es sich hier um ein erhaltungswürdiges Ensemble. (Forts.) je/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Stadterneuerung - Wohnbauprogramm 1986 - 1988

23 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) kritisierte, daß die ÖVP bei Problemen wie z. B. der Mietermitbestimmung in der Argumentation nur nachziehe. Außerdem seien die Mieterbeiräte ohnehin nicht an politische Parteien gebunden. Als Marksteine der Altstadterhaltung bezeichnete Oblasser den Stadterneuerungsfonds und das Wohnhaussanierungsgesetz.

GR. CZERNY (ÖVP) erwähnte u. a. folgende Bereiche, für die entweder noch gar keine oder zuwenig ausgereifte Pläne vorhanden seien: Eichamt, Messepalast, Altes AKH, Schloß Neugebäude und Rennwegkaserne. Weiters forderte Czerny steuerliche Anreize für private Hausbesitzer. Es sollten noch mehr Mittel für die Altstadterhaltung eingesetzt werden.

In seinem Schlußwort sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß, obwohl sich die ÖVP bereits vor Jahren für eine Zusammenarbeit mit der SPÖ hinsichtlich Stadterneuerung und Wohnbau ausgesprochen habe, diese Zusammenarbeit bei einigen Problemen, wie zum Beispiel der Mietermitbestimmung, offenbar nicht möglich sei.

ABSTIMMUNG: Ein ABÄNDERUNGSANTRAG der ÖVP zur Revitalisierung des Hauses Kundmannngasse 37 wurde EINSTIMMIG angenommen, wobei StR. Hofmann erwähnte, daß es sich dabei lediglich um einen Schreibfehler im Akt gehandelt habe.

Das kommunale Wohnbauprogramm 1986 bis 1988 sowie die Anträge zur Revitalisierung von acht städtischen Althäusern wurden EINSTIMMIG angenommen. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Flächenwidmung Alsergrund

24 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte eine Änderung des Flächenwidmungsplanes für das Gebiet zwischen Pramergasse, Müllnergasse, Grünentorgasse und Porzellangasse im 9. Bezirk. Demnach soll ein Grundstück in der Grünentorgasse mit einem kommunalen Wohnbau verbaut werden. GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) wandte ein, daß der grünflächenarme 9. Bezirk eher neue Erholungsflächen als Wohnbauten brauche.

Bezirksvorsteher SCHMIED (ÖVP) wies darauf hin, daß in der Bezirksvorsteherung des 9. Bezirkes eine Mehrheit für die Schaffung einer Grünfläche in diesem Bereich gestimmt habe. Auch für die angrenzenden Schulen wäre dies die bessere Lösung.

GR. LUSTIG (SPÖ) sagte, daß mit dem Liechtensteinpark und der Rossauer Lände größere Grünflächen in unmittelbarer Nähe der Grünentorgasse vorhanden seien. Überdies würde das Grundstück nur straßenseitig bebaut. Der Hof würde begrünt, eine Tiefgarage und ein Pensionistenklub würden die optimale Nutzung des Grundstückes komplettieren. Überdies sei der Bau von Wohnungen gerade für die jungen Familien im 9. Bezirk sehr wichtig.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Grünflächen im Gemeindebau

25 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. PRAMEL (SPÖ) stellte den Antrag, 56 Millionen Schilling für die Betreuung der Grünanlagen in den städtischen Wohnhäusern zu genehmigen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) stimmte dem Antrag prinzipiell zu, meinte jedoch, daß Kosten gesenkt werden könnten, wenn einzelne Grünflächen den Mietern zur Betreuung übergeben werden. Man sollte zunächst versuchsweise Erfahrungen sammeln.

GR. HAAS (SPÖ) verwies darauf, daß die Arbeiten auf größeren Grünflächen nur durch geeignete Fachfirmen durchgeführt werden können. Immerhin seien die Grünflächen insgesamt so groß wie der ganze 7., 8. und 9. Bezirk.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Ausfallshaftung für Kulturverein Donaustadt

26 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) beantragte eine Ausfallshaftung von 2,2 Millionen für den Kulturverein Donaustadt.

GR. DALLER (ÖVP) würdigte die Anstrengungen der Verantwortlichen des Kulturvereins, meinte jedoch, das gesteckte Ziel sei bis heute nicht erreicht worden. Hauptproblem sei die Tatsache, daß der mobile Teil der Bezirksbevölkerung Theater und Unterhaltung im Zentrum der Stadt bevorzugt. Überdies würden sich bezirkszentrale Aktivitäten weniger bewähren als ortsteilbezogene. Danach müßte sich der Kulturverein richten, doch das Vereinskonzzept berücksichtige dies nicht. Es sei weiters unrealistisch anzunehmen, daß mit der Ausfallshaftung die Probleme gelöst werden könnten. Die Besucherzahl werde weiter dürftig bleiben, und die Einnahmensituation dürfte sich nicht verbessern. Daher sei die ÖVP derzeit nicht in der Lage, der Ausfallshaftung zuzustimmen.

In seinem SCHLUSSWORT verwies GR. HANKE darauf, daß GR. DALLER selbst früher Mitglied des Kulturvereins gewesen sei und ein Konzept in einem Zeitungsartikel präsentierte, das er heute ablehne. Die Aktivitäten des Kulturvereins fänden entgegen Dallers Ausführungen durchaus Anklang bei der Donaustädter Bevölkerung, und zahlreiche Vereine haben in den beiden Zentren Unterkunft gefunden. Die Leistungen des Kulturvereins strahlen in die Bezirksteile aus. Diese Einrichtung sei eine Art Modell für die Bezirkskultur - in einem Bezirk von der Größe Innsbrucks -, und ein solcher Bezirk brauche eine Heimstätte für die Basiskultur.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Gaspreissenkung

27 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat HATZL (SPö) stellte den Antrag auf Senkung des Gastarifes rückwirkend per 1. Jänner 1986 um 4,5 Prozent. So wie die Gaswerke in der Vergangenheit durch steigende Kosten häufig gezwungen waren, Tarifierhebungen zu beantragen, werden jetzt Preisvorteile selbstverständlich an die Konsumenten weitergegeben. Für die Höhe des Gaspreises sei nicht nur der Einstandspreis ausschlaggebend, sondern auch zahlreiche andere Faktoren wie Personalkosten, Erhaltungskosten usw. Auch die Versorgungssicherheit habe ihren Preis, erklärte der Stadtrat. Die Höhe der Tarifierkung wurde so gewählt, daß sowohl die Konsumenten profitieren, als auch die Situation der Wiener Gaswerke gesichert sei.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte, daß der vorliegende Antrag den seit Monaten gestellten Forderungen seiner Fraktion Rechnung trage. Der Reduktion um 4,5 Prozent müsse jedoch ein zweiter Schritt folgen, da der Dollarkurs und der Rohölpreis weiter gesunken sind. Er stellte daher den ANTRAG, rückwirkend per 1. März eine weitere Preisreduktion um 2,5 Prozent vorzunehmen.

GR. Ing. KREINER (öVP) erklärte, daß seine Fraktion bereits einen Antrag auf eine Reduktion um 10 Prozent gestellt habe. Die heute zu beschließende Gastarifierkung um 4,5 Prozent sei angesichts der wahren Gewinne durch Dollarverfall und niedrigere Rohölpreise eine Alibihandlung und solle lediglich die Profite der Gaswerke verschleiern. Die Berechnungen zeigen nämlich, daß ein Gewinn von 1 Milliarde Schilling zu erwarten sei, von denen lediglich 200 Millionen an die Konsumenten weitergegeben werden. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Gaspreissenkung

28 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Korrekturen des Gaspreises nach oben oder unten, würden auch weiterhin durchgeführt werden, erklärte GR. Maria KUHN (SPÖ), weil die Phase der langfristigen Tarifgestaltung sicherlich vorbei sei. Man müsse bei der Preisgestaltung nicht nur auf die Einstandspreise, sondern auch auf die Investitionen, die 1986 rund 837 Millionen Schilling ausmachen, Rücksicht nehmen. Mit der viereinhalbprozentigen Gaspreissenkung geben die Gaswerke eine Preissenkung von insgesamt rund 52 Millionen Schilling an die Konsumenten weiter.

Es habe 1985 nicht nur eine Gaspreiserhöhung gegeben, erklärte StR. HATZL in seinem Schlußwort, die die Gaswerke erst um einen Monat später als genehmigt, an die Konsumenten weitergegeben hätten, sondern auch eine Reihe von Steigerungen bei Personal-, Wartungs- und vor allem Speicherkosten. Die Preisberechnungen der ÖVP seien, nicht nur was den Heizölbezugspreis angehe, grundlegend falsch.

ABSTIMMUNG: Der Antrag der FPÖ wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.  
(Forts.) je/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Erhöhung der Parkgebühren

29 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPö) brachte einen ANTRAG auf Erhöhung der Parkgebühren in den Kurzparkzonen um 50 Prozent ein.

GR. HIRNSCHALL (FPö) stellte fest, daß es sich seit der Einführung der Parkometerabgabe 1975 somit bereits um eine Erhöhung um das Dreifache handle. Seit der ersten Erhöhung sei kein Garagenbau mehr erfolgt. Niedrigere Garagenpreise würden zu einer besseren Auslastung führen. Außerdem befürworte er eine bessere Überwachung der Kurzparkzonen, schloß Hirnschall.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) schloß sich in seiner Rede mit der Argumentation punkto Überwachung und Garagenbau an seinen Vorredner an und erwähnte das von der ÖVP bereits vor längerer Zeit vorgeschlagene Modell "Volksgarage".

GR. Christine SCHIRMER (SPö) gab zu Bedenken, daß der Vorrang für den öffentlichen Verkehr mit Erschwernissen für den Individualverkehr verbunden sei. Sie bedauerte, daß es für den Garagenbau zuwenig private Interessenten gebe.

In seinem Schlußwort stellte Vizebürgermeister MAYR fest, daß eine Verbesserung der Überwachung in den Kurzparkzonen auch in seinem Sinne sei. Niedrigere Garagenpreise könnten ein Anreiz sein, die Kurzparkzonen weniger oft zu frequentieren. Zusätzliche Garagen seien unbedingt notwendig, und er bedauere daher die geringe Unterstützung durch die Bezirksvorsteher der innerstädtischen Bezirke, z. B. des 1. Bezirks. Die Garagenbauförderung betrage 30 Prozent der effektiven Baukosten und sollte ein Anreiz für private Garagenbauer sein.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. (Forts.)  
du/rr

NNNN

## Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Subvention Stadtkino und Kuratorium Wiener Jugendheime  
30 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPö) beantragte eine Reihe von Subventionen für verschiedene Vereinigungen in der Gesamthöhe von 8,377 Millionen Schilling.

GR. PROCHASKA (öVP) beantragte eine getrennte Abstimmung, da die öVP der Subvention für das Stadtkino in der Höhe von 2,2 Millionen Schilling und an das Kuratorium Wiener Jugendheime für die Häuser Turnergasse 13 und 15 in der Höhe von 150.000 Schilling nicht zustimmen könne. Zum Stadtkino sagte Prochaska, daß dieses der Stadt ein ständiges Defizit bringe, ohne sich deshalb wesentlich von anderen kommerziell geführten Programmkinos zu unterscheiden. Die Widmung der Häuser Turnergasse 13 und 15 für alternative Gruppen durch das Kuratorium Wiener Jugendheime bedeute eine weitere Belastung für diese ohnedies benachteiligte Wohngegend.

GR. HANKE (SPö) wies darauf hin, daß das Stadtkino eine kulturpolitische Aufgabe erfülle, indem es Filme zeige, die sonst in Wien kaum zu sehen wären. Der Erfolg sei auch aus der Publikumsresonanz ersichtlich - von ursprünglich 40.000 sei die Zahl der Zuschauer bereits auf über 60.000 im Jahr gestiegen, der Subventionsbedarf des Stadtkinos sei rückläufig. Zur Widmung der Häuser in der Turnergasse sagte Hanke, daß dies im Einvernehmen mit dem Bezirk erfolge und daß man froh sein müsse, daß jungen Menschen in Schwierigkeiten geholfen werden könne.

ABSTIMMUNG: Die beiden Positionen "Stadtkino" und "Kuratorium Wiener Jugendheime" wurden mit den Stimmen der SPö, der Rest des Tagesordnungspunktes wurde einstimmig angenommen. (Forts.) gab/rr

## Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Hilfe für Gartenbetriebe

31 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) stellte den Antrag auf eine Hilfsaktion für die vom Sturm geschädigten Gartenbetriebe.

GR. JEDLETZBERGER (öVP) verwies darauf, daß die orkanartigen Stürme am 14. und 15. Jänner rund 170.000 Quadratmeter Kunststofffolie in den Wiener Gartenbaubetrieben vernichtet haben. Durch die Förderung der Stadt Wien mit Kostenzuschüssen von rund einem Drittel der Neuanschaffungskosten sei nun der Frühjahrsgemüseanbau gesichert. Der Redner dankte der Stadtverwaltung für die rasche Hilfe.

Der Zuschuß sei eine echte Hilfe für die Kleinbetriebe, betonte GR. SCHMIDTMEIER (SPö). Der Zuschuß sei aber gleichzeitig ein gutes Beispiel der Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Subvention für Verband Wiener Volksbildung

32 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Leopoldine PFAUSER (SPö) beantragte 3 Millionen Schilling als Subvention im Rahmen des laufenden Sanierungsprogramms an den Volksbildungsbauten der Stadt Wien. Der Betrag soll dem Verband Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellt werden.

GR. PROCHASKA (öVP) kritisierte zu geringe Mittel bei gleichzeitig lawinenartig ansteigendem Bedarf. Die Projekte einer neuen Zentrale für die Bezirksmuseen, für ein Bezirksmuseum Josefstadt und eine VHS-Filiale Josefstadt befinden sich im Dornröschenschlaf.

GR. STEINBACH (SPö) erklärte, es gebe derzeit eine akzeptable Finanzierung, und die Subventionen für die Volkshochschulen steigen. Besonders wichtig sei es, das "Aushängeschild" der Wiener Volksbildung, die Urania, zu renovieren. Gleichzeitig werden im Rahmen der Möglichkeiten auch in anderen Volkshochschulen Arbeiten durchgeführt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Abschluß eines Vergleiches - Weststadion

33 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPö) beantragte den Abschluß eines Vergleiches mit dem Masseverwalter im Konkurs über das Vermögen der Firma Straßgchwandtner & Ambros Bauges. OHG.

GR. Dkfm. Dr. WÜBER (öVP) erklärte, daß mit dem Abschluß dieses Vergleiches ein unrühmliches Baukapitel dieser Stadt abgeschlossen werde. Ein Grund für die gravierenden Baumängel, die schon kurz nach Eröffnung des Weststadions auftraten, ist in der mangelhaften Bauüberwachung durch die Gemeinde zu suchen. Die jahrelangen Streitigkeiten mit der Baufirma führten zu deren Konkurs, der daher durch die Gemeinde Wien mitverschuldet wurde.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) verwehrt sich gegen die Schuldzuweisung am Konkurs der Baufirma an die Gemeinde Wien. Es sei erwiesen, daß die Bauleistung schlecht war, bis jetzt mußten Sanierungskosten von 12 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der heute zu beschließende Vergleich eröffne möglicherweise auch die Chance, daß die Baufirma in einer anderen Form weiterarbeiten könne.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück wurde einstimmig beschlossen.

(Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Zentralwäscherei

34 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte den Antrag, für die Fortführung der Umrüstung der Zentralwäscherei Steinbruchstraße 83,5 Millionen Schilling zu genehmigen.

Derzeit werde ein Viertel des Wäscheberges der Stadt Wien von privaten Firmen versorgt, erklärte GR. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP). Die Zentralwäscherei Steinbruchstraße habe seit ihrem Bau 1964 Kosten von rund 380 Millionen Schilling verursacht. Angesichts dieser Summe könne sie nur bereits zum wiederholten Mal die Forderung der Teilprivatisierung, das heißt, der Eingliederung der Zentralwäscherei in die Betriebe der Wiener Holding erheben.

Es sei aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Preisstabilität wichtig, sagte GR. DINHOF (SPö), daß die 50prozentige Eigenwaschleistung der Stadt Wien für den Spitalsbereich erhalten bleibe. Gerade auf dem Wäschesektor sei die Unabhängigkeit von Preisgestaltung und Leistung privater Betriebe besonders notwendig.

Die Frage der Zentralwäscherei sei für ihn keine Frage der Ideologie, sondern der Zweckmäßigkeit, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPö) in seinem Schlußwort. Was die Forderung der öVP nach einer Eingliederung der Wäscherei in die Holding betreffe, so vertrete er die Ansicht, daß man auch im öffentlichen Bereich durch entsprechende Organisationsformen ein Maximum an Wirtschaftlichkeit erreichen könne.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Bau einer städtischen Wohnhausanlage

35 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPö) stellte den Antrag auf Genehmigung des Vertrages zur treuhändigen Bauausführung der städtischen Wohnhausanlage 20, Hartlgasse 28-30 - Dammstraße durch die "Sozialbau".

GR. Dr. MAIER (öVP) erklärte, daß der Vertrag bereits überholt sei, und daß die Durchführung des Baues bereits für 1985 geplant war. Bereits der Grundstückserwerb sei von der öVP abgelehnt worden, da es eine beträchtliche Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis gegeben habe.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) erklärte, daß die öVP sehr wohl wisse, daß bereits im zuständigen Ausschuß der Vorentwurf genehmigt worden sei, und daß Architekten bereits Vorarbeiten leisteten.

GR. Dr. PETRIK (öVP) erläuterte, daß seinerzeit ein sozialistischer Bezirksrat des 20. Bezirks sich gegen ein Schwimmbad auf dem Dach des geplanten Baus ausgesprochen habe, da sich in unmittelbarer Nähe ein Hallenbad befindet. Das sei der Grund für die Verzögerung gewesen.

In seinem Schlußwort stellte GR. SEVCIK (SPö) fest, daß zwar der zeitliche Rhythmus "ins Wanken geraten sei", das Risiko dabei aber die "Sozialbau" getragen habe.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

(Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: PID-Debatte

36 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) stellte den Antrag, die Mitarbeiterzeitung "Wien aktuell-Wochenblatt" von derzeit 51mal jährlich auf 21mal jährlich zu reduzieren. Die Seitenanzahl soll von 24 auf 8 Seiten verringert werden, wobei der Verlag ein achtseitiges durch Inserate auf eigenes Risiko finanziertes "Wien aktuell extra" herstellt, von dem vier Seiten redaktionell ohne Entgelt benützt werden können. Weiters sollen die Postwürfe "Wien unsere Stadt" von der derzeitigen Erscheinungsweise fünfmal jährlich auf 18mal jährlich umgestellt werden. Die Kosten belaufen sich auf 23,4 Millionen Schilling.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) sprach sich für die Reduzierung von "Wien aktuell-Wochenblatt" aus. Er habe Verständnis dafür, daß ein großes Unternehmen wie die Stadtverwaltung eine Betriebszeitung herausgeben will. Er bedauere aber, daß schon bisher in dieser Zeitung die Opposition kaum zu Wort gekommen sei. Er befürchte weiterhin, daß die Betriebszeitung Hofberichterstattung betreiben werde

Zu dem neuen Postwurfmodell meinte der Redner, daß nun alle Wiener Haushalte künftig eine Zeitung "kaufen müssen, die sie nicht kaufen wollen." Es werde eine Zeitung herausgebracht, deren Preis über die Steuern hergeholt werde. Die Zwangsbeglückung kostet mehr als 23 Millionen Schilling im Jahr und werde in kommenden Jahr möglicherweise teurer. Dr. Pawkowicz kritisierte ferner, daß keine Ausschreibung durchgeführt worden sei. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: PID-Debatte

37 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Er trete für umfassende Information ein, sagte GR. PAWKOWICZ, befürchte aber, daß hier eine Monopolstellung entstehen kann, die für den freien Journalismus nicht zuträglich sei. Der vorhandene Zeitungsmarkt in Wien sei durchaus in der Lage, über das Geschehen in der Stadt zu berichten. Darüber hinaus könne im Bedarfsfall auf den Anzeigenmarkt zurückgegriffen werden. Da auch eine eigene Stadtwerke-Zeitung kostenlos an alle Haushalte verteilt werde, in der auch Inserate eingeschaltet werden, fürchte er eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der Zeitungen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: PID-Debatte

38 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP).  
kritisierte, daß der PID mit den beiden Periodika einen Kurs der  
Jubelberichte und Selbstbeweihräucherung fortsetze, der seine  
Ursache im Mißtrauen gegenüber den freien Medien und der Mündigkeit  
der Bürger habe. Seine Kritik gelte nicht den Mitarbeitern des PID,  
sondern den für diese Linie politisch Verantwortlichen. Der PID  
stelle auch eine Reihe wichtiger Informationsprodukte her, die auch  
die Zustimmung der ÖVP fänden, dem heutigen Antrag könne die  
Volkspartei jedoch nicht zustimmen. Neben der generellen Linie sei  
auch sowohl bei "Wien aktuell Wochenblatt" wie auch bei "Unser Wien"  
die freihändige Auftragsvergabe und im ersten Fall auch der Verzicht  
der Stadt Wien auf Inserateneinnahmen zugunsten des Verlegers zu  
kritisieren. In diesem Zusammenhang stellte Engelmayer auch einen  
ANTRAG, die Gebarung des PID durch den Rechnungshof überprüfen zu  
lassen. Engelmayer forderte, die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt  
Wien möge sich an die gleichen Grundsätze halten, die die Regierung  
Kreisky beschlossen habe - demnach sei die Information von  
Persönlichkeitswerbung und Imagepflege zu trennen. Dies sei beim  
Pressedienst der Stadt Wien, der mit 300 Millionen Schilling  
Ausgaben und hundert Bediensteten der in der Relation zu  
vergleichbaren Städten der größte und teuerste Pressedienst sei,  
nicht der Fall. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: PID-Debatte

39 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die Mitarbeiter des Pressedienstes würden nicht zu einer bestimmten Berichterstattung gezwungen, man dürfe es jedoch nicht kritisieren, wenn sie über positive Arbeit positiv berichten, erklärte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ). Der von der ÖVP ständig erhobene Vorwurf der Parteipropaganda habe bisher nie anhand von Beispielen bewiesen werden können. Den Vertrag mit jener Firma zu kündigen, die bereits bisher für die Produktion der Postwürfe zuständig war, würde laut Riedler der Stadt schweren finanziellen Schaden bringen.

Die ÖVP bekenne sich wohl immer zur Information der Bevölkerung, wende sich jedoch stets gegen entsprechende Produkte des Pressedienstes. Information sei nicht nur eine Holschuld der Bürger, sondern vielfach auch eine Bringschuld der Verantwortlichen. Er betonte, daß von den rund 100 PID-Mitarbeitern die Hälfte beim Bürgerdienst beschäftigt ist, und betonte, es sei nicht richtig, daß die Stadt Wien 300 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit ausbebe. Verglichen mit anderen Bundesländern gibt Wien für Öffentlichkeitsarbeit pro Einwohner weniger aus, den scheinbar geringeren Ausgaben in Niederösterreich seien noch die eigenen Aufwendungen der Städte und Gemeinden zuzurechnen. Überdies habe Niederösterreich in den letzten beiden Jahren die Hälfte des Informationsbudgets zur, wie Riedler sagte, Parteipropaganda für die umstrittene Landeshauptstadt verwendet. Abschließend wies Riedler darauf hin, daß der Landeshauptmann in Niederösterreich in jeder Publikation vielfach dargestellt werde.

ABSTIMMUNG: Die Herstellung der Mitarbeiterzeitung wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen, jene des Postwurfs mit den Stimmen der SPÖ. Der Prüfungsantrag der ÖVP wurde von der SPÖ abgelehnt. (Forts.) and/gg

NNNN



Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Erhöhung der Bäderpreise

40 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISFK (SPö) beantragte die Neufestsetzung der Preise für die Benützung der städtischen Bäder sowie die Durchführung betrieblicher Änderungen und die Erweiterung der Begünstigungen für Schüler, Studierende und Senioren.

GR. ARTHOLD (öVP) kritisierte, daß die Opposition zu spät über die beabsichtigte Änderung informiert wurde. Seit Jahren wurden Tariferhöhungen vorher von der Bäderkommission diskutiert, diesmal nicht. Seiner Meinung nach seien die Begründungen wie gestiegene Personalkosten, erhöhte Wasser- und Entsorgungskosten, usw. nicht in erster Linie ausschlaggebend für die Senkung der Kostendeckung von 24,2 Prozent auf beinahe die Hälfte. Der Grund liege vielmehr im Rückgang der Besucherzahl sowie in einer fehlenden Kostenstellenrechnung.

GR. Maria PAUL (SPö) stellte fest, daß Sommer- wie Hallenbäder Freizeiteinrichtungen ersten Ranges mit großer gesundheitlicher Bedeutung seien. Aus diesem Grund sei auch die Neufestsetzung der Preise nicht leichtfertig vorgeschlagen worden. Die Senkung der Kostendeckung von 24,2 Prozent im Jahr 1981 auf 16,9 Prozent im vergangenen Jahr könne auch durch den heute vorliegenden Antrag auf Preiserhöhung nicht ausgeglichen werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen.

(Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Tarife für Bestattung und Friedhofsgärtnereien

41 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) stellte den Antrag die Grabsteinentgelte sowie die Arbeitsentgelte der städtischen Bestattung um 3,2 Prozent bzw. 5 Prozent sowie die Entgelte für friedhofsgärtnerische Arbeiten um 4 Prozent zu erhöhen.

GR. GLÜCK (öVP) wies darauf hin, daß in den letzten fünfzehn Jahren die Grabsteinentgelte um insgesamt 52 Prozent und die Arbeitsentgelte um insgesamt 81,1 Prozent erhöht wurden. Auf Grund dieser drastischen Erhöhungen werde die öVP der nun beantragten Tarifierhöhung nicht zustimmen. Auch die Forderung nach einer Teilzahlung bzw. Stundungsmöglichkeit bei Grabankäufen sei nicht erfüllt worden. Auf Grund der stadttökologischen und der Erholungsfunktion der Friedhöfe für Wien sei ein Kostendeckungsgrad von 85 Prozent nicht einzusehen.

Die kaufmännische Sorgfaltspflicht, erklärte GR. HUFNAGL (SPö), sei auf die öffentliche Hand zwingend genauso anzuwenden wie auf die Privatwirtschaft. Darüber hinaus seien kleine und jeweils niedrige Tarifveränderungen zweckmäßiger als große Tarifsprünge. Der neue Tarif sei auch in der Gestaltung wesentlich übersichtlicher und kundenfreundlicher. Die städtischen Friedhofsgärtnereien erbrächten eine Reihe von Leistungen im Sinne der allgemeinen Friedhofserhaltung, wie es auch Aufgabe der städtischen Bestattung sei, für Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten Investitionen zu tätigen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Neufestsetzung der Fahrpreise am Zentralfriedhof

42 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) stellte den Antrag auf Änderung des Punktes 5 des Vertrages zwischen der Stadt Wien und der Firma Dr. Richard, wonach die Fahrpreise für die Autobuslinie im Wiener Zentralfriedhof erhöht werden sollen, sowie auf Erhöhung der Ausfallshaftung. Die Fahrpreise sollen für Erwachsene von 5 auf 6 Schilling, für Kinder von 3 auf 4 Schilling und die Ausfallshaftung von 120.000 auf 200.000 Schilling erhöht werden.

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) stellte fest, daß die ÖVP sich bereits vor längerer Zeit für die Aufnahme dieser Autobuslinie in den Verkehrsverbund ausgesprochen habe. StR. HATZL (SPÖ) sei aber dagegen gewesen. Regler stellte den ABÄNDERUNGSANTRAG auf Aufnahme der privaten Autobuslinie im Zentralfriedhof in die Tarifgemeinschaft des Verkehrsverbundes Ost. Außerdem stellte er u.a. folgende Anträge: Endstelle der Linie "16 A" bei der Schnellbahn Meidling und eine zusätzliche Ring-Rund-Linie.

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) sprach seine Wertschätzung für die Firma Dr. Richard aus, die trotz eines errechneten Verlustes der Stadt Wien die Treue halte. Die Einführung zusätzlicher Busse im Zentralfriedhof halte er für sinnlos, da die Fahrgastfrequenz ohnehin niedrig sei. Außerdem sei die Umweltbelastung zu hoch. Bei einer Ring-Rund-Linie ergäben sich zu große Intervallunterschiede.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag auf Neufestsetzung der Fahrpreise wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. (Forts.) du/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringlicher Antrag

43 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Vor Schluß der Sitzung meldete sich GR. Dr. PETRIK (ÖVP) zur Begründung des Dringlichen Antrages zu Wort, der die Erweiterung der Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gemeindemieter und die Aufhebung der Monopolstellung der Mietervereinigung vorsieht. Petrik bezeichnete die Automatik von Mietvertrag und Mitgliedschaft in der Mietervereinigung als undenkbar und plädierte für einen besseren Einblick der Mieter in Miet- und Betriebskostenabrechnungen.

Als Kontraredner wies GR. OBLASSER (SPÖ) darauf hin, daß Petrik seine Argumente bereits zur Mittagszeit in einer Aussendung der ÖVP dargelegt hat. Diese Argumente sind bereits von GR. Lustig widerlegt worden, sagte Oblasser, es bestehe daher kein Anlaß zu einer weiteren Diskussion.

ABSTIMMUNG: Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Zwtl.: Abschied GR. Wiesinger

Am Schluß der Sitzung verabschiedete sich der Vorsitzende des Gemeinderates Prof. Leopold WIESINGER aus dieser Position. Wiesinger sagte, er nehme damit sowohl von den Freunden in seiner Fraktion als auch von seinen Freunden über die Parteigrenzen hinweg Abschied und wünsche allen für ihre zukünftige Arbeit für Wien alles Gute.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 23.10 Uhr. (Schluß)  
gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN